

Janine Wissler kommt nach Cottbus

14. März: Support Kurdistan - Hilfe für Erdbebenopfer



Dass Janine nach Cottbus kommt, hat vor allen Dingen einen sehr solidarischen Hintergrund. Sie wird ab ca. 19 Uhr über ihre Erlebnisse beim Erdbeben in der Türkei berichten. Sie war zum Zeitpunkt in der Region, um den Kobanê-Prozess zu begleiten, bei dem insgesamt 108 Persönlichkeiten aus

Politik, Zivilgesellschaft und der kurdischen Befreiungsbewegung angeklagt sind. Es geht dabei auch um das Verbot der HDP, der Halkların Demokratik Partisi, die eine linke Schwesterpartei ist.

Über den Ablauf und die Gäste der Veranstaltung lest ihr mehr auf Seite 4.



DEUTSCHLAND - UNGLEICHLAND

Überall in Deutschland und darüber hinaus finden in diesen Tagen Demonstrationen und Veranstaltungen für mehr Rechte von Frauen statt: Es ist der „Internationale Frauentag“, der viele Frauen weltweit auf Plätze und Straßen treibt, wo sie für gleiche Chancen gegenüber Männern kämpfen. So auch in Brandenburg: Der Kampf um Gleichberechtigung von Frauen und Männern muss wieder geführt werden. Es braucht starke weibliche Stimmen und offene männliche Ohren, denn Gleichberechtigung ist kein Frauenthema, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Seit über 100 Jahren wird der Internationale Frauentag begangen. In diesem Jahr gibt es jedoch wenig zu feiern. Die Gleichberechtigung in der Arbeitswelt ist weder im Hinblick auf Beschäftigungsverhältnisse noch auf die Lohnentwicklung hergestellt, die Repräsentanz der Frauen in Leitungsebenen, Gremien und der Politik nimmt eher ab als zu und die Gewalt gegen Frauen und deren Kinder steigt stetig an. Auch in Brandenburg steigen die Fälle von häuslicher Gewalt gegen Frauen wieder. Nach Polizeiangaben ereigneten sich von Mai bis Ende des vergangenen Jahres 3658 Delikte und damit 78 mehr als im gleichen Zeitraum des vorherigen Jahres. Zwei Übergriffe endeten tödlich. Es wurden viele Chancen verpasst – so auch das gut angedachte Frauenhausfinanzierungsgesetz, das nun gänzlich gestoppt wurde. Die Istanbul-Konvention ist noch lange nicht umgesetzt. Trotz aller bestehenden Gesetze scheint sich die Lage der Frauen aktuell eher zu verschlechtern. Die letzten Erfolge sind lange her.

Es ist wieder Zeit zu kämpfen – um Gewaltfreiheit, um gleiche Rechte im Berufsleben und um Rahmenbedingungen, die eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie schafft und somit ein ehrenamtliches oder politisches Engagement ermöglicht. Denn nur, wenn Frauen überall vertreten sind, kann Gleichberechtigung gelebt werden. Gleichberechtigung und Gewaltfreiheit sind kein Sonderrecht, sondern ein Menschenrecht, das zur Selbstverständlichkeit werden muss.

Bettina Fortunato
Frauenpolitische Sprecherin
Linksfraktion im Landtag Brandenburg

Gewerkschaften: Zusammen geht mehr!

Unter diesem Motto hatte die Gewerkschaft ver.di die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes am 2. März zu Ganztags-Warnstreiks aufgerufen.

Zu einer zentralen Demonstration waren Mitarbeiter*innen von Bund und Kommunen im südlichen Brandenburg aufgerufen. Ca. 500 Demonstrierende versammelten sich vor dem Cottbuser Hauptbahnhof, um lautstark und gut sichtbar stadteinwärts, vorbei an der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See und der Bundesagentur für Arbeit zum Stadthaus zu ziehen. Unter ihnen befanden sich auch mehrere Mitglieder der LINKEN. Lausitz.

Die Forderung der Streikenden von 10,5 % mehr Geld, mindestens aber 500 Euro mehr und einer Laufzeit von 12 Monaten ist berechtigt: Die Inflation betrug letztes Jahr 7,9 Prozent, im Januar 2023 lag die Preissteigerung immer noch bei 8,7 Prozent. Die Prognosen gehen von einem leichten Abflachen der Inflation auf einem immer noch hohen Niveau aus. Und natürlich können Beschäftigte, die ein niedriges Einkommen und kein Geld auf der hohen Kante haben, diese Preisentwicklung nicht stem-



men. So verschärft die Inflation auch die soziale Spaltung im Land, während die Löhne von der Preissteigerung verschluckt werden.

In der zweiten Verhandlungsrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen haben die Arbeitgeber nach langem Vorlauf ein völlig unzureichendes Angebot auf den Tisch gelegt: Neben einem Inflationsausgleichsgeld ist eine tabellenwirksame Erhöhung von 3 Prozent Ende 2023 und 2 Prozent Mitte 2024 bei einer Laufzeit von 27 Monaten vorgesehen. Ein Mindestbetrag als soziale Komponente, insbesondere für die unteren Entgeltgruppen, wurde abgelehnt.

Ihr Angebot knüpfen die Arbeitgeber zudem noch an Zugeständnisse einzelner Berufsgruppen: Beschäftigte der Sparkassen sol-

len ein Sonderopfer erbringen; für Beschäftigte der Krankenhäuser sollen Gehaltsabsenkungen über einen Zusatzvertrag ermöglicht werden – das ist inakzeptabel! Dieses Angebot ist eine Frechheit! Es geht um Respekt und Anerkennung!

Nach den deutschlandweiten Streiks und Aktionen der letzten Wochen gilt es nun, den Druck zu verstärken, damit die Arbeitgeber endlich ein ernstzunehmendes Angebot in der dritten Verhandlungsrunde vom 27. bis 29. März 2023 in Potsdam vorlegen.

Um Altersarmut zu vermeiden, sind neben dem Staat auch die Gewerkschaften ein zentraler Faktor. Ihr wichtigster Hebel sind hohe Tarifabschlüsse, denn hohe Bruttoeinkommen von heute sichern gute Renten von morgen!

Birgit Kaufhold

Wir brauchen mehr Solidarität

Geschäftsführer Tobias Bank über Querfront-Debatten und die Krise der Partei

Die Linke bietet aktuell insbesondere in der Frage der Haltung zu Waffenlieferungen an die Ukraine ein Bild der Zerrissenheit. Seit der von Sahra Wagenknecht mit initiierten Demonstration »Aufstand für Frieden« hat sich der Streit nochmals zugespitzt. Der Parteiführung wird eine unklare Haltung vorgeworfen ...

Zunächst möchte ich festhalten, dass die Parteispitze in der Friedensfrage eindeutig ist. Alle Beschlüsse, sowohl die auf dem Bundesparteitag im Juni 2022 als auch die des Geschäftsführenden Parteivorstandes und des Bundesvorstandes, sind in der Frage der Ablehnung der Waffenlieferungen klar. Die Linke ist und bleibt die einzige Friedenspartei, die im Bundestag vertreten ist. Wir alle wollen den Fokus auf Verhandlungen und auf Diplomatie setzen, um das Leid in der Ukraine zu beenden. Der Vorstand hat sich nicht von dem Aufruf zu der genannten Demo distanziert, sondern er hat ihn sich nicht zu eigen gemacht. Das ist ein Unterschied. Wir haben einen Beschluss gefasst, der zu Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen zum Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine aufruft. Zugleich haben wir betont, dass es selbstverständlich jedem Genossen und jeder Genossin frei steht zu entscheiden, an welcher Veranstaltung er oder sie teilnimmt. Uns war wichtig, dass linke Positionen bei den Veranstaltungen vertreten werden. Kritisiert hat der Vorstand in Absprache mit den Landesvorsitzenden, dass sich die Veranstalter der Demonstration am Brandenburger Tor nicht deutlich genug gegen die Teilnahme von Rechtsextremisten ausgesprochen haben, nachdem bekannt geworden war, dass diese zu dieser Demo mobilisieren.



Interview

Zugleich haben Unterzeichner zurecht darauf hingewiesen, dass man die Teilnahme von unerwünschten Personen nicht hundertprozentig verhindern kann ...

Das ist nicht der Punkt, ich mache mir da nichts vor, niemand kann das verhindern. Aber man hätte sich im Vorfeld eindeutiger positionieren müssen, um es so weit wie möglich einzugrenzen. Wie alle Veranstaltungen und Demos an dem Wochenende gezeigt haben, ist der Wunsch nach Frieden in der Bevölkerung groß. Das ist für uns alle ein Erfolg. Ich bin froh um jede Genossin und jeden Genossen, die zu der Demo gegangen sind und Jürgen Elsässer und andere Rechtsextremisten abgedrängt haben und als Ordner tätig waren. Der Vorstand konnte aber keine Verantwortung für die Veranstaltung übernehmen, nachdem zum Beispiel Oskar Lafontaine eindeutig gesagt hat, dass jeder dort willkommen sei. Als Linke mit einem antifaschistischen Grundkonsens können wir nicht ausblenden, wenn wegen solcher Aussagen

rechtsextreme Organisationen wie die Freien Sachsen und die Freien Niedersachsen zu dieser Demo mobilisieren. Einige Erstunterzeichner des »Manifests für Frieden« haben genau das kritisiert.

Deswegen sagen die einen, der Vorstand hätte sich gegen eine Teilnahme von Linke-Mitgliedern aussprechen müssen. Die anderen sind der Meinung, die Parteispitze hätte mit einem eigenen Aufruf mobilisieren und die Genossen auch logistisch unterstützen müssen, damit die große Zahl linker Teilnehmer sichtbar wird.

Eines der Probleme war, dass das Manifest für Frieden am 10. Februar veröffentlicht wurde, der Parteivorstand auch dann erst davon erfahren hat und bis zur Demo nur 14 Tage Zeit waren. Wenn man Die Linke hätte dabei haben wollen, hätte man vorher mit ihren Funktionsträgern sprechen sollen. Das war offenbar nicht gewollt. Wir haben dann mit Sahra Wagenknecht eine der Initiatorinnen in den Vorstand eingeladen. Bis unmittelbar vor der Kundgebung war nicht zu erfahren, wer dort sprechen wird. Und mal ehrlich, der Par-

teivorstand kann doch nicht zu einer Demo mobilisieren, von der er nicht einmal weiß, wer dort auftritt und wo wir auch sonst in keiner Weise Einfluss auf den Verlauf nehmen können. Was wir wissen, ist, dass Gregor Gysi angeboten hat, dort zu sprechen. Das ist abgelehnt worden.

Querfront-Vorwürfe von Genossen gegen Genossen gab es schon vor Monaten, nachdem auf von Linke-Ortsverbänden organisierten Demos Rechte aufgetaucht sind. Waren die berechtigt?

Der Umgang einiger Genossinnen und Genossen untereinander ist manchmal unerträglich. Ich bin mal in eine Partei eingetreten, in der wir den Gedanken der Solidarität nicht nur nach außen getragen haben, sondern in der wir Solidarität auch nach innen gelebt haben. Ich würde mir wünschen, dass wir dazu wieder zurückfinden. Für mich ist wichtig, dass wir in der Debatte deutlich machen: Wir sind eine antifaschistische Partei und eine Friedenspartei. »Nie wieder Krieg« und »Nie wieder Faschismus« gehören für uns zusammen. Zugleich muss uns klar sein, dass wir,

wenn wir einen Demoaufzug starten und dabei Bündnispartner suchen, Formulierungen finden müssen, die nicht immer zu hundert Prozent unsere sein werden. In diesem Zusammenhang muss man sich auch nichts vormachen, dass man alleine keine große Mobilisierungsfähigkeit haben wird. Das bedeutet aber nicht, dass wir unsere Überzeugungen damit über Bord werfen.

Welche Akzente konnten Sie in den ersten acht Monaten Ihrer Amtszeit als Bundesgeschäftsführer setzen?

Mir ist es besonders wichtig, die Zusammenarbeit zwischen Partei und Bundestagsfraktion auf ein neues Niveau zu heben. Das ist mir mit Jan Korte, dem Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion, an verschiedenen Punkten gelungen. Ich nehme an jeder Fraktionsitzung teil, um die Debatten genau zu kennen, mich dort einzubringen und im Zweifelsfall zwischen Fraktion und Partei eine Scharnierfunktion zu übernehmen.

Und wie läuft die Kommunikation mit der Parteibasis?

Jede Woche besuche ich einen Orts- oder Kreisverband, um die Probleme, aber auch Ideen und Vorschläge von Genossen, mit nach Berlin zu nehmen. Gleichzeitig Sorge ich dafür, dass unsere Beschlüsse und unser Agieren als Vorstand transparenter werden. Ich glaube, wir können nur dann Brücken bauen, wenn wir uns an einen Tisch setzen und offen über Konflikte reden. Wir müssen klären, wo Verbesserungsbedarf besteht und wo es Ansätze gibt, die wir weiterverfolgen sollten. Es geht auch darum zu analysieren, wo wir vielleicht danebengehauen haben. Außerdem nehme ich an allen Online-Beratungen mit den Kreisvorsitzenden teil und bin regelmäßig im Austausch mit unseren kommunalen Mandatsträgern.

Inbesondere im Westen hat Die Linke durchaus Zulauf, während es im Osten echte

Nachwuchsprobleme gibt. Wie lässt sich das ändern?

In erster Linie müssen wir dafür sorgen, dass sich die Generationen wieder mehr an einen Tisch setzen und miteinander reden. Im Augenblick treffen sich Ältere wie Junge noch zu oft mit sich selbst. Das führt dazu, dass man gar kein Verständnis mehr für die Position des anderen hat, dass man sich nur in seinem eigenen Kreis bewegt und gar nicht weiß, wie andere Gruppen in der Partei denken, fühlen und handeln. Mein Leitspruch ist: raus aus den sozialen Medien und rein in die Parteigruppen.

Wie wollen Sie überhaupt junge Menschen für die Linkspartei begeistern?

Wir haben die richtigen Ansätze, Inhalte, die begeistern können, und wirklich gute Beschlüsse. Aber die lassen sich natürlich am besten nach außen transportieren, wenn diejenigen, die sie vermitteln, selbst jüngere Leute sind. Wo wir schon junge Leute haben, da werden auch andere angezogen. Aber ich will auch deutlich sagen, dass Jugend kein Wert an sich ist. Wir brauchen alle Generationen: die Erfahrungen der Alten, die noch Krieg miterlebt haben, und den Mut der Jungen, zum Beispiel in der Klimafrage eindeutig zu sein. Wir brauchen aber natürlich auch die Menschen, die mitten im Arbeitsleben stehen. Nur so können wir die Probleme der gesamten Gesellschaft im Blick behalten. Denn wir wollen doch die Gesellschaft für alle Menschen gerechter machen und gesellschaftliche Relevanz entfalten.

Ihrer Position braucht man wahrscheinlich einen unerschütterlichen Optimismus. Was macht Ihnen Mut?

Ja, den Optimismus hab ich. Ich habe mich doch nicht 20 Jahre lang in der PDS und der Linken gegen den Kapitalismus engagiert, um an einer Stelle aufzugeben, an der ich vielleicht real etwas bewirken kann. Aber wir sind tatsächlich in einer schwierigen Lage.

Hohenzollern: Verzicht auf Entschädigung

Druck in Öffentlichkeit und Parlament war erfolgreich *Haus Hohenzollern verzichtet auf Entschädigungszahlungen und Forderung nach Kulturgütern!*

„Die Verzichtserklärung von Georg Friedrich Prinz von Preußen zeigt: Der Druck der vergangenen Jahre in Öffentlichkeit und Parlament hat seine Wirkung erzielt“, sagt Fraktionschef Sebastian Walter. „Das ist den mutigen Historiker*innen und Journalist*innen zu verdanken, die trotz drohender Verfahren nicht über die historische Verantwortung der Hohenzollern bei der Machtübernahme der Nazis schwiegen und den vielen Menschen, die die Volksinitiative ‚Keine Geschenke den Hohenzollern‘ unterstützten. Ich möchte allen danken, die sich dafür engagiert haben. Wir freuen uns über unseren gemeinsamen Erfolg: Es wird keine Entschädigungszahlungen und keine Herausgabe von Kulturgütern an das Haus Hohenzollern geben.“

Schon rein von der Menge der Arbeitsaufträge her, die wir vom Parteitag und Bundesausschuss bekommen haben. Dazu kommen die hohen Erwartungen von der Basis. All das mit immer weniger Ressourcen umzusetzen, ist eine enorme Herausforderung.

Welche Aufgaben sind das konkret, die nun anstehen?

Da ist der Auftrag der programmatischen Weiterentwicklung, der mit riesigem Koordinations- und Zeitaufwand verbunden ist. Denn der muss gut durchdacht und mit der Parteibasis besprochen sein. Wir müssen außerdem den Mitgliederentscheid zum Bedingungslosen Grundeinkommen umsetzen und eine Strukturreform auf den Weg bringen. Hier ist in den vergangenen Jahren sehr viel ungeschesehen und unbearbeitet geblieben. Wir konzentrieren uns zusätzlich aktuell massiv auf die Unterstützung der Landesverbände, die in diesem Jahr Wahlen haben und bereiten den Europawahlprogrammprozess und den Europaparteitag im November vor. Auf dem kommenden Parteitag muss das Programm zur Europawahl im Frühjahr 2024 beschlossen werden, und die Vertreterver-

sammlung muss unsere Kandidatinnen und Kandidaten für das Europäische Parlament bestimmen.

Das dürfte eigentlich schon für zwei Amtszeiten reichen ...

Zusätzlich wird es ein aktualisiertes Mitgliederprogramm geben und wir schaffen in der Bundesgeschäftsstelle einen Fachbereich für Digitales, um die Partei für die Zukunft fit zu machen. Die Bundesgeschäftsstelle hat also alle Hände voll zu tun. Wir werden mit Sicherheit nicht alle Erwartungen erfüllen können. Entscheidend ist aber, dass wir diese Prozesse jetzt angestoßen haben, damit Die Linke eine zukunftsfähige Mitgliederpartei wird, die es schafft, die Gesellschaft zum Positiven zu verändern.

Das Interview führte Jana Frielinghaus für Neues Deutschland, erschienen am 05.03.2023

Tobias Bank ist seit dem 24. Juni 2022 Bundesgeschäftsführer der Partei Die Linke. Der 35-Jährige lebt in Wustermark (Brandenburg) und engagiert sich in der Linken seit langem ehrenamtlich kommunalpolitisch, unter anderem als Mitglied des Kreistages Havelland.

Am 14. März ab 17 Uhr!!!

Das Erdbeben am 6. Februar und die folgenden Nachbeben haben die Türkei und Syrien in eine Katastrophe gestürzt. Aktuell gibt es mehr als 50.000 Todesopfer. Die Überlebenden haben keine Unterkunft und sind den harten Winterbedingungen ausgesetzt, wie Regenfälle, eisigem Wind, Schnee und frostigen Temperaturen. Es wird geschätzt, dass mehr als 5 Millionen Menschen durch das Erdbeben obdachlos geworden sind.

Besonders dramatisch ist die Situation im Nordwesten Syriens. Aufgrund des jahrelangen Bürgerkriegs und dem beschränkten Zugang zu der Region kommt die Hilfe dort nur

TERMINE

11.03. Polit-Brunch mit Yasmin Kirsten muss leider gesundheitsbedingt auf Mai verschoben werden

14.03. SUPPORT KURDISTAN

16.03. **PLAN B** in Zusammenarbeit mit der Linksfraktion Brandenburg
Wunderwaffe Wasserstoff

Gespräch & Diskussion mit Hendrik Schnittker von PowerShift ab 18 Uhr im Café Zelig, Friedrich-Ebert-Str., Cottbus

25.03. **Politfrühstück mit Anke Schwarzenberg**
Thema: Stalinismus

11:00 Uhr, Cottbus, Geschäftsstelle

Büroöffnungszeiten

Dienstag bis Donnerstag 10 - 16 Uhr

Während dieser Zeit kann auch unser Zeitzeugen-Archiv besucht werden!

Dienstag: Kassentag

Mittwoch: Soziale Bürgerberatung 11 - 13 Uhr

jederzeit per E-Mail info@dielinke-lausitz.de

Tel: 0355 - 22 44 0

im Netz: www.dielinke-lausitz.de

AUSSTELLUNG
aus Anlass des Internationalen Frauentages
FRAUEN BILDER
DIE LINKE.
Ostrower Straße 3
03048 Cottbus
vom 8. März bis 31. Mai 2023
RUDOLF SITTNER
FOTOGRAFIE UND DRUCKGRAFIK

SUPPORT Kurdistan!
Spendenaktion für Erdbebenopfer
kurdische Musik Solibar Essen
Podiumsdiskussion Janine Wissler
DJ-Set Heine miez Gärtner
Aktivist:innen im Gespräch
DIE LINKE. Fraktion SVV Cottbus
Civaka Azad
WIR PACKEN S AN

schleppend voran. Zugangsstraßen wurden durch die Beben beschädigt. Anfangs waren nicht genug Grenzübergänge geöffnet, was die Lage der Menschen vor Ort, wo kaum schweres Gerät zur Bergung von Überlebenden vorhanden ist, erheblich verschlimmert. Diesen Menschen widmen wir diese Veranstaltung.

Kommt in großer Zahl am 14. März in den Bunten Bahnhof.

PROGRAMM

Einlass 17 Uhr: Essen und Getränke an der SOLI-Bar gegen Spenden, kurdische Musik, Ausstellungen, Infostände

Ab 17.30 Uhr (mit Livestream)
Über Kurdistan, den demokratischen Hoffnungsschimmer Rojava, über kurdische Selbstverwaltung, die revolutionäre Rolle der Frauen und die aktuelle politische Lage berichtet die Organisation Civaka Azad, Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit.

Wir stellen vor: die Initiative „Wir packen es an“ und den Verein Städtepartnerschaft Friedrichshain-Kreuzberg – Dêrik e. V., die derzeit praktische Hilfe für die syrischen Kurden organisieren.

19 Uhr Podiumsdiskussion zur Lage in den kurdischen Gebieten, Möglichkeiten der Unterstützung sowie dem Kobane-Prozess und den Folgen eines möglichen HDP-Verbotes in der Türkei.

Im Podium ab 19 Uhr:

- Janine Wissler, Vorsitzende Partei DIE LINKE war wegen des Kobane-Prozesses in der Erdbebennacht vor Ort
- Elke Dangeleit, den Verein Städtepartnerschaft Friedrichshain-Kreuzberg – Dêrik e. V.
- Axel Grafmanns von der Initiative „Wir packen es an“
- Moderation: Andrej Britner und Bachir vom Geflüchtetenetzwerk Cottbus

Benefiz-Tanz im Anschluss mit den solidarischen Herren von „Heine miez Gärtner“

Cottbus ist seit 2021 „Sicherer Hafen“ Aus diesem Grund stehen an der Soli-Bar einige Vertreter:innen der Stadtverwaltung und des Parlaments, u.a. der Oberbürgermeister Tobias Schick und der linke Stadtfraktionschef Matthias Loehr.

Wo? Bunter Bahnhof, Güterzufuhrstraße, Cottbus

Eine Initiative von: Geflüchtetenetzwerk Cottbus, Fraktion DIE LINKE in der SVV Cottbus, Kulturbetrieb Bunter Bahnhof

Spenden gehen an die Initiative „Wir packen es an“ und an „Heyva Sor a Kurdistanê e. V.“

Mit freundlicher Unterstützung des Kommunalpolitischen Forums.